

Die Stellungnahme des Rates

Die Frage der Mißbilligung des deutschen Schrittes

Episoden aus dem unterirdischen Deutschland

Der neue Werbefeldzug der Nazis

Das Verhältnis von Schupo und NSDAP.

DANZIGER

Volkstimme

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6, Fernsprechamt 287 08. Schriftleitung 215 80. Bezugspreis monatlich 2,- G. wöchentlich 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 8,- G. monatlich; für Kommisoren 5,- G. wöchentlich; 1 mm 0,18 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang

Donnerstag, den 19. März 1936

Nr. 67

Wahrscheinlich Mißbilligung des deutschen Schrittes — Frankreich behält sich freie Hand vor

Die Stellungnahme des Rates

Heute tagt der Völkerbund unter Teilnahme des deutschen Vertreters, des Reichsministers von Ribbentrop. Die deutsche Abordnung ist erst gestern in den frühen Nachmittagsstunden in London eingetroffen, so daß der Rat seine Arbeit ohne Deutschland fortsetzte. Außenminister Eden hat in seiner gestrigen Rede die Haltung Englands klargestellt. Danach stellt die englische Regierung fest, daß eine „ausdrückliche und unumkehrbare Verletzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Rheinzone erfolgt sei“, aber es müsse trotzdem jede Möglichkeit, zu einer neuen und dauerhaften Regelung der internationalen Beziehungen zu kommen, ausgeschöpft werden. Auf dieser Grundlage wird also England operieren. Nach den vorliegenden Meldungen unterliegt es kaum einem Zweifel, daß der Rat die deutsche Rheinzone-Aktion mißbilligen wird; nur über die Form und den Grad der Mißbilligung ist man noch im Unklaren. Es ist anzunehmen, daß Völkerbund von Ribbentrop Gelegenheit nimmt, die Stellungnahme Deutschlands auch in einer für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärung zu erläutern. Das Schwergewicht dürfte jedoch bei den direkten Besprechungen zwischen den einzelnen Vertretern der Mächte liegen.

Der Gang der Dinge ist also so ungewiss wie bisher. Gestalt der Völkerbundsrats — bekanntlich auf den Antrag Frankreichs und Belgiens hin — eine Verletzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages durch Deutschland festgestellt, das dem französischen Vertreter das Recht gibt, von den anderen Locarno-Mächten — also auch von England — die Erfüllung der sich aus dem Vertrage ergebenden Verpflichtungen zu verlangen. Hier aber setzen die Schwierigkeiten ein, mit denen England ringt. Frankreich ist, wie aus den Meldungen hervorgeht, nicht gewillt, seine grundsätzlichen, auf „Gegenseitigkeit“ beruhenden Standpunkte anzugeben. Man spricht bereits davon, daß Frankreich gegebenenfalls weitgehende Konzessionen ziehen würde. Der französische Außenminister wird jedenfalls so lange in London bleiben, bis der Völkerbund der Mißbilligung des deutschen Schrittes erfolgt ist. Alsdann reist er unverzüglich nach Paris zurück, wo man sich über die neue politische Lage schlüssig werden wird. Da man heute mit der Entscheidung des Rates rechnet, wird London wahrscheinlich schon am Nachmittag in Paris Bericht erhalten. Französische Blätter beschäftigen sich bereits mit dem Gang der Entwicklung. Das „Journal des Débats“ z. B. fordert die Rückkehr der französischen Minister nach Paris. Die erste Pflicht der Regierung sei es, nach Paris zurückzukehren, die zweite, sofort die Maßnahmen gegen Italien anzugehen, die mit Rücksicht auf den Völkerbund und England ergriffen worden seien, die dritte, die Ereignisse abzuwarten.

Man sieht also, daß in der Fortentwicklung der Dinge noch mancherlei Schwierigkeiten liegen.

Der Völkerbundsrat trat am Mittwoch um 16 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, um die Aussprache über den französisch-belgischen Entschließungsantrag zum Locarno-Vertrag fortzusetzen. Die deutsche Abordnung nahm an der Sitzung noch nicht teil, weil sie sich erst auf dem Wege nach London befand. Als erster sprach der englische Außenminister Eden.

Vorher hatte der Rat in nichtöffentlicher Sitzung davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Abordnung erst von Donnerstag ab an den Arbeiten teilnehmen könne. Nachdem wurde beschlossen, eine Sitzung des Dreizehnerausschusses, d. h. des Völkerbundesrates ohne Italien, zur Prüfung der italienischen und der österreichischen Antwort auf den Anfang des Monats ergangenen Friedensappell am Donnerstag nachmittag abzuhalten.

Außenminister Eden

Nachdem n. a. aus: Man habe sich an den Völkerbundrat gewandt, damit er sein Urteil abgebe darüber, ob eine Verletzung des Versailler Vertrages eingetreten sei. Die Reden der Vertreter Frankreichs und Belgiens hätten auf die Ratmitglieder einen tiefen Eindruck gemacht. Er habe bereits dem Rat die Ansicht der englischen Regierung dargelegt, die darin besteht, daß eine ausdrückliche und unumkehrbare Verletzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Zone erfolgt sei. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß es angebracht sei, daß der Rat dies behändige und sämtliche Unterzeichner des Versailler Vertrages davon in Kenntnis setze.

Das Gebot der Sicherheit und des Vertrauens sei ernstlich gefährdet. Wie solle man es wieder aufbauen?

Die vor dem Rat stehende Frage betreffe nicht nur einige Mächte, sondern alle Staaten, die Wert auf die Heiligkeit der Vertragsverpflichtungen und die Herrschaft des Rechts in internationalen Beziehungen legen. Die Reichsregierung werde unmissverständlich zusammen mit anderen Mächten anerkennen, daß das Vertrauen vom Wanken am Versailler Vertrag abhängt, und daß eine einseitige Verletzung derselben ihren

Inhalt vernichte. Das internationale Vertrauen könne nach dem einseitigen Schritt nur dann wiederhergestellt werden, wenn alle Völker bereit sein werden, an der Verwirklichung dieses Zieles mitanzuhängen. „So ernst auch die Lage ist, so führe Eden weiter aus, „so ist sie doch von der Gelegenheit begleitet, einen dauerhaften Frieden zu schaffen, und dieses Ziel muß ein wichtiger Gesichtspunkt für die Schritte werden.“ Der Bruch des Vertrages durch Deutschland sei keine Aktion gewesen, die die sofortige Anwendung der im Locarno-Vertrag vorgesehenen Maßnahmen notwendig mache.

Der italienische Vorkämpfer Grandi

gab hierauf eine Erklärung ab, in der er von dem Ernst der Lage sprach. Die Feststellung einer Vertragsverletzung durch Deutschland sei ihm so peinlich gewesen, als es sich um eine Großmacht handele, deren Mitarbeit für den Frieden und die Wohlfahrt Europas unerlässlich sei. Italien sei sich seiner Verantwortlichkeit auf Grund des Locarno-Vertrages voll bewußt und bleibe seinen Verpflichtungen treu. Selbstverständlich könnten jedoch diejenigen Staaten, die in dem Zusammenhang mit dem italienisch-österreichischen Streitfall Maßnahmen getroffen hätten, deren Ungerechtigkeit das ganze italienische Volk tief empfinde, nicht erwarten, daß Italien Maßnahmen annehme, die mit seiner gegenwärtigen Lage unvereinbar seien. Es bestünde ein Widerspruch zwischen der Stellung eines unter Sanktionen gestellten Landes und der ihm obliegenden Aufgabe als Garantiemacht. Es müsse verhindert werden, daß aus der gegenwärtigen Krise Europa noch gespaltenere und geschwächtere, als es schon sei, hervorgehe. In den letzten Monaten sei der europäische Friede von den Wechseln eines kolonialstreites abhängig gemacht worden. Die Erfahrung der letzten Monate werde hoffentlich zumindest zu der Erkenntnis führen, daß in Europa ein einheitliches Friedens-, Zusammenarbeits- und Vertrauensproblem bestehe. Es sei möglich, daß man endlich am entscheidenden Wendepunkt der europäischen Geschichte stehe. Italien sei sich seiner Aufgabe bei dem Werk der Sicherheit und des Wiederaufbaues Europas voll bewußt.

Der polnische Außenminister Beck

der danach das Wort nahm, erklärte, die Befestigung der entmilitarisierten Zone durch deutsche Truppen sei eine Tatsache, die von niemand bestritten werde und die der Rat bestätigen müsse. Was die Umstände anbetreffe, unter denen die Befestigung erfolgt sei, so liege die Beurteilung dieser Frage den Signalarmedien des Rheinlandes ob. „Bei dieser Gelegenheit“, so sagte Beck, „möchte ich einige Worte allgemeiner Natur über die Locarno-Verträge sagen.“ Es sei überall bekannt, daß in Polen diese Verträge nicht günstig beurteilt wurden. Sie haben einerseits Vorbehalte der polnischen öffentlichen Meinung hervorgerufen, und zwar angesichts dessen, daß — indem sie spezielle Garantien für die politische Stabilisierung der Verhältnisse am Rhein geschaffen haben — sie gleichzeitig den Eindruck erwecken konnten, daß in Osteuropa der Zustand einer tiefen Unsicherheit bestehe. Andererseits aber sei es dank den gemeinsamen Bemühungen der französischen und der polnischen Regierung gelungen, das polnisch-französische Bündnis durch Eingliederung in den Gesamtkomplex der Abkommen vom Jahre 1925 in der Form eines Vertrages über gegenseitige Hilfe aufrechtzuerhalten.

Dieses Bündnis, das den Locarno-Verträgen voranging, ist dank der Zusammenarbeit beider Regierungen geblieben und bleibt auch weiterhin in Kraft.

Belgien, das zweite unmittelbar an der Lösung der jetzigen Fragen interessierte Land, sei mit Polen durch sein besonderes politisches Abkommen gebunden. Die alte Freundschaft, die beide Völker vereinige, lege uns die Pflicht auf, die Interessen Polens mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. Was Polen anbetreffe, so habe sich die Situation infolge der zwischen Polen und Deutschland im Januar 1934 abgeschlossenen Abkommen gebessert. Die vom Reichkanzler am 7. März gemachten Äußerungen über Polen seien ein Beweis dafür, daß die Reichsregierung gewillt sei, die Polen gegenüber übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Zu den Erörterungen über den französisch-sowjetrussischen Pakt erklärte Beck: „Ich stelle fest, daß dieser zwischen Frankreich und der Sowjetunion abgeschlossene Pakt, an dem Polen ebenfalls wie am Rheinpakt beteiligt ist, in keiner Weise die Verpflichtungen und das Recht hat ändern können, die sich für Polen aus seinen früheren Abmachungen ergeben. Was die Sowjetunion angeht, so sind die Verpflichtungen Polens im Laufe der letzten Jahre in dem Richtungsabpaß und in dem Londoner Protokoll über die Definition des Angreifers festgelegt worden. Diese beiden Abkommen, die von Polen zwecks Konsolidierung der Sicherheit in Osteuropa unterzeichnet wurden, haben nicht aufgehört, für uns der Ausdruck unseres Willens zur Aufrechterhaltung dauernder gutnachbarlicher Beziehungen zu unserem Ostnachbarn zu sein.“

Beck gab am Schluß seiner Rede seiner Befriedigung über den Ausdruck, daß der Rat sich in London in einer Atmosphäre der Loyalität und des Wirklichkeitsgefühls, die für das englische Volk bezeichnend sind, versammelt habe. Er sei überzeugt, daß diese Tatsache die Aufgaben des Rates bedeutend erleichtert habe. Er habe es für seine Pflicht gehalten, dem Völkerbundsrat die Stellungnahme Polens klarzumachen. Bei allen Verhandlungen müsse der von Polen stets vertretene Grundsatz beachtet werden, daß über die Interessen irgend eines Landes international nicht ohne seine Beteiligung und Zustimmung verhandelt werden könne. Die Anwendung dieses Grundsatzes könne allein dazu beitragen, das internationale Vertrauen, auf dem die Sicherheit beruhe, zu stärken.

Die anderen Staaten

Die Vertreter Spaniens und Argentiniens sprachen sich anschließend gegen eine einseitige Aufhebung vertraglicher Verpflichtungen aus.

Auch der dänische Außenminister Munch erklärte, die Vertragsverletzung sei unbestritten. Man dürfe aber nicht bei dieser Feststellung stehen bleiben und sich nicht einem unfruchtbaren Fatalismus ergeben. Er sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen zwischen den unmittelbar beteiligten Staaten einen Schritt zur Wiederherstellung bilden, der allein das Gefühl der Sicherheit schaffen könne.

Der rumänische Außenminister Titulescu sprach von einer Erschütterung des gesamten Systems der kollektiven Sicherheit. Die Staaten der kleinen Entente seien nicht gegen die Erörterung der deutschen Vorschläge. Diese müsse aber zu gegebener Zeit stattfinden, d. h. nachdem die von Frankreich und Belgien aufgeworfene Vorfrage geregelt sei. Locarno bestche fort, ja, es habe erst in den letzten Tagen volle Wirksamkeit erlangt. Eine neue Regelung müsse diese Garantien verstärken und einen unteilbaren Frieden zwischen Deutschland und allen Staaten Europas herbeiführen.

Als letzter Redner sprach der portugiesische Außenminister, Vascoellos, der es dem Rat anheimstellte, die notwendigen Wege zur Sicherung des europäischen Friedens auf fester Grundlage zu finden.

Hierauf wurde die Fortsetzung der Aussprache auf heute vormittag, 10 Uhr, vertagt. An dieser Sitzung wird die deutsche Abordnung teilnehmen.

Die deutsche Abordnung eingetroffen

Auf dem Flughafen von Croydon traf gegen 18 Uhr MEZ die erste Zuginsmaschine mit der deutschen Abordnung ein. Ihr entließen Vorkämpfer von Ribbentrop, Ministerialdirektor Dieckhoff und weitere Mitglieder der deutschen Abordnung.

Vorkämpfer von Ribbentrop sprach am Mittwochabend bei dem englischen Außenminister Eden in dessen Amtszimmer im Unterhaus vor.

Die Beratungen der Locarno-Mächte

Die Locarno-Mächte sind am Mittwochabend um 22 Uhr wieder zu einer Beratung zusammengetreten. Über die Aussprache wird folgendes verlautet:

Die Sitzung prüfte den Entwurf für ein allgemeines Abkommen unter Vorbehalt gewisser Punkte, die einer weiteren Prüfung bedürfen. Es wurde ein beträchtlicher Fortschritt erzielt.

Diese Veröffentlichung besagt alles und nichts; viel weiter scheint man noch nicht gekommen zu sein.

Eine englische Regierungserklärung?

Das englische Kabinett besaß sich am Mittwochabend im Unterhaus in 14-stündiger Sitzung mit dem neuesten Stand der internationalen Lage.

Wie verlautet, wird die Regierung entweder am Donnerstag oder am Freitag im Unterhaus eine Erklärung über die europäische Lage abgeben.

Weiter meldet, daß die Einzelheiten der gestrigen Abend-sitzung des englischen Kabinetts streng geheim gehalten würden. Man glaube jedoch in parlamentarischen Kreisen, daß sich nichts ereignet habe, was die Ansicht der Minister geändert hätte.

Generalstabesbesuche

Der französische Stellvertretende Generalstabschef Schœnherz traf am Mittwoch vormittag in London ein, um — Reiter zufolge — mit den britischen Militärbehörden technische Fragen in Verbindung mit der Möglichkeit einer beiderseitigen Entmilitarisierung der Grenze zu besprechen. Reiter fügt hinzu, die Schwierigkeiten beständen darin, daß England Vorkehrungen auf beiden Seiten der Grenze anzuwenden wünsche, während die Franzosen nur Maßnahmen für die ehemals entmilitarisierte Zone ins Auge faßen wollten.

Wie der Warschauer Korrespondent des „Daily Telegraph“ zu melden weiß, soll General Stoba-Emigly in den nächsten Zeit eine Reise nach Paris unternehmen, um an

Die bisherigen Tarifverträge für die Landarbeiter der drei Landkreise sind vom Trennhändler der Arbeit aufgehoben und durch eine Tarifordnung ersetzt worden, die am 1. April in Kraft tritt. Diese Tarifordnung gilt für alle im Gebiet der freien Stadt Danzig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer männlichen und weiblichen Geschlechts, jedoch nicht für landwirtschaftliche Angestellte und Keller. Für Betriebshandwerker sind wiederum einige Fortschritte erlitten. Die etwa acht Seilen füllende Verordnung ist im Staatsanzeiger Nr. 39 vom 13. März veröffentlicht worden. Wir werden noch darüber berichten.

